

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Iran steht möglicherweise vor den größten innenpolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit der sogenannten „Islamischen Revolution“ im Jahr 1979. Der von den Sicherheitskräften des Mullah-Regimes herbeigeführte Tod der jungen Iranerin Mahsa Amini am 17. September 2022, infolge einer Inhaftierung für vermeintliche „Sittenvergehen“, hat landesweit Proteste entzündet, die für Freiheit, Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung des repressiven islamistischen Herrschaftssystems eintreten. Begonnen wurden die Proteste von zahlreichen Frauen, die mutig ihre Kopftücher ablegten und sich den Sittenpolizisten und anderen Sicherheitskräften entgegenstellten. Mittlerweile reichen die Proteste in zahlreiche Städte und Institutionen. Um gegen diese Proteste vorzugehen und den eigenen Herrschaftsanspruch zu untermauern, greift das Regime zu immer härteren, repressiveren Maßnahmen. So wurden Proteste an der renommierten Scharif-Universität in Teheran mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Nach unabhängigen, allerdings nur schwer nachzuprüfenden Berichten, wurden landesweit bereits über 130 Menschen als Antwort auf die Proteste durch Regimekräfte ermordet (Quelle: <https://iranhr.net/en/articles/5506/>).

Die Unterdrückung der Frauen in der und durch die iranische Gesellschaft ist seit Jahrzehnten eine der größten systematischen Menschenrechtsverletzungen der Welt. Der Deutsche Bundestag hat sich immer wieder intensiv mit der Menschenrechtslage im Iran und insbesondere der Lage der Frauen im Iran befasst und Position bezogen, so u. a. mit dem Antrag „Menschenrechte ins Zentrum der Iranpolitik stellen“ (BT-Drucksache 19/30979 vom 22.06.2021), der mit breiter parlamentarischer Mehrheit beschlossen wurde.

Seit langen Jahren besteht die einmalige Chance, systematische Verbesserungen für die Lage der Frauen im Iran zu erreichen und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Freiheitsrechten zu erreichen. Auf diesem Weg bedarf es der tatkräftigen Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere Deutschlands und Europas, und die konkrete Implementierung einer echten frauenorientierten Außenpolitik, welche die Verbesserung der Lage der Frauen konkret in den Blick nimmt. Mit Sonntagsreden von einer vermeintlich „feministischen Außenpolitik“ ist den Frauen im Iran nicht geholfen. Die konkrete Verbesserung der Lage der Frauen im Iran muss Gradmesser für den Erfolg der deutschen und europäischen frauenorientierten Außenpolitik sein.

Zugleich muss der Druck auf Regimekräfte auch in Deutschland deutlich erhöht werden und der Bewegungsraum eingeschränkt werden, denn nur so wird das Regime zum Einlenken zu bewegen sein. Mit Hinblick auf die revisionistische Agenda des iranischen Regimes gilt es insgesamt, die deutsche und europäische Iranpolitik auf den Prüfstand zu stellen.

- II. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,
 1. sich für die Einberufung eines Sonderrates der Europäischen Union zur Lage im Iran einzusetzen;
 2. die Maßnahmen und Mittel zur Unterstützung der Protestbewegung im Iran deutlich auszuweiten und der iranischen Bevölkerung v. a. Zugang zu Kommunikationsmedien wie verschlüsselter Telefonie, Internet und Satellitenkommunikation zu ermöglichen;
 3. demokratische oppositionelle Iranerinnen und Iraner, insbesondere iranische Kurdinnen und Kurden, im Exil in Deutschland bei ihrer Arbeit zu unterstützen;
 4. die persischsprachigen Angebote deutscher und europäischer Medienanbieter wie der Deutschen Welle angesichts der aktuellen Lage auszuweiten;
 5. die Angriffe des Irans auf die Autonome Region Kurdistan im Irak deutlich zu verurteilen;
 6. die EU-Sanktionen in deutlichem Maße auf alle Personen und Organe des iranischen Regimes auszuweiten, die mit der Unterdrückung der aktuellen Proteste befasst sind bzw. an dieser beteiligt sind;
 7. sich für eine EU-weite Listung der sogenannten Revolutionsgarden einzusetzen, Mitglieder mit Einreisepflichten und Einfrieren von Vermögenswerten zu belegen;
 8. sich auch mit Partnern außerhalb der EU, insbesondere den USA, dem Vereinigten Königreich und Israel, über die Form einer Unterstützung der Protestbewegung zu verständigen;
 9. das sogenannte „Instrument in Support of Trade Exchanges“ (INSTEX), das den Handelsaustausch zwischen dem Iran und der EU ermöglichen sollte, in enger Absprache mit unseren Partnern umgehend einzustellen und aufzugeben. Einem Regime, das die eigenen Frauen auf derartige Weise unterdrückt, darf kein präferentielles Handelsinstrumentarium zur Verfügung gestellt werden;
 10. die laufenden Gespräche über ein mögliches Fortsetzen des „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA; „Iran-Nuklearabkommen“) im Lichte der weiteren Reaktion der iranischen Führung auf die anhaltenden Proteste mit den anderen E3+3-Partnern neu zu bewerten;
 11. angesichts der Tatsache, dass der Iran seine Anreicherungsaktivitäten unvermindert fortsetzt, weiter an Rückfalloptionen zu arbeiten;
 12. sich innerhalb der Vereinten Nationen und des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass die aktuelle Lage im Iran hochrangig und mit höchster Priorität mit dem Ziel einer Verurteilung des Irans behandelt wird;
 13. innerhalb der Bundesregierung schnellstmöglich ein Instrumentarium zu entwickeln, um schnell, gezielt und effizient auf Bedrohungen gegen Frauen und von Frauenrechten in anderen Staaten reagieren zu können und somit eine ernsthafte und schlagkräftige frauenorientierte Außenpolitik zu schaffen;
 14. sich dafür einzusetzen, dass das „Islamische Zentrum Hamburg“ als Drehschreibe der Operationen des islamischen Regimes des Iran in Deutschland geschlossen wird und in einem ersten Schritt sämtliche Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen in Deutschland unterbunden wird;

15. zu prüfen, ob aus projektbezogenen oder institutionellen Förderungen weitere Gelder des Bundes direkt oder indirekt in Operationen des islamischen Regimes des Iran fließen und diese Förderungen ggf. schnellstmöglich zu unterbinden.

Berlin, den 11. Oktober 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

